

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1988)
Heft: 6: Zukunft der Gewerkschaften?

Artikel: Gbh 2000 : Referat
Autor: Baumann, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584309>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GBH 2000

REFERAT VON HANS BAUMANN,
ZENTRALESEKRETÄR GBH

WENN WIR UNS MIT DEM JAHR 2000 AUSEINANDERSETZEN, DANN BESCHÄFTIGEN WIR UNS MIT DER UNMITTELBAREN ZUKUNFT. UND TROTZDEM, WAS UNSERE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG ANBELANGT UND WENN WIR DIE ENTWICKLUNG DER LETZTEN JAHRE BETRACHTEN: DIE GBH KANN IM JAHR 2000 GANZ ANDERS AUSSEHEN ALS HEUTE, DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG KANN AN BEDEUTUNG VERLIEREN, DIE POLITISCHE VERTRETUNG EINER RANDGRUPPE WERDEN ODER EIN REINER DIENSTLEISTUNGSBETRIEB, DER SICH NUR NOCH MIT VERSICHERUNGSPROBLEMEN ODER DEM AUSFÜLLEN VON STEUERERKLÄRUNGEN BESCHÄFTIGT.

Um es gleich vorwegzunehmen: Es ist davon auszugehen, dass die GBH – vielleicht auch im Gegensatz zu einigen anderen hiesigen Gewerkschaften – heute mitgliedermässig und finanziell gut dasteht. Wir sind die stärkste Schweizer Gewerkschaft und haben Mitgliederzuwächse. Wir können also auch nötige Kurskorrekturen aus einer Position der Stärke angehen. Nötige Veränderungen müssen aber auch angegangen werden, solange es noch gut geht, und nicht erst, wenn dazu keine Mittel mehr vorhanden sind.

Das Modell des neuen «Ellenbogen-Kapitalismus»
Im Moment befinden sich die kapitalistischen Industrieländer in einer fast euphorischen Hochkonjunktur, mindestens was die Umsatz- und Gewinnzahlen angeht. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns weltweit in einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise befinden. Zu erinnern ist hier zum Beispiel an die 20

Millionen Arbeitslosen allein in Westeuropa, ein Problem das sich offensichtlich für das herrschende System als unlösbar herausgestellt hat. Oder die weltweite Verschuldung und Verelendung der Dritten Welt, nach wie vor eine unentschärfte Zeitbombe. Oder die zunehmende und allgegenwärtige Gefahr von Ökokatastrophen, welche den Glauben an den technischen Fortschritt erschüttert hat.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen seit den siebziger Jahren hat auch zu einer Veränderung der Unternehmerstrategie und der Wirtschaftspolitik geführt. Die sogenannte Sozialpartnerschaft der fünfziger und sechziger Jahre wurde in Frage gestellt, Unternehmer und bürgerliche Politiker starteten den «neoliberalen» Angriff auf die sozialen Errungenschaften. Deregulierung des Sozialstaates, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Individualisierung im Arbeitsleben, aber auch in

SIEBEN THESEN ZUM MODELL DER NEUEN SOLIDARITÄT

1

Auf Krise

vorbereitet sein:

Nicht alles läuft im Moment so reibungslos, wie die Unternehmerseite das wahrhaben will. Die Prognosen der Wirtschaftsinstitute sind zwar für die nächsten Jahre relativ optimistisch. Diese Entwicklung ist aber mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet, die insbesondere auf die labile Lage der Weltwirtschaft zurückzuführen sind. Kürzlich wurde mit dem Wort «Casino-Kapitalismus» die derzeitige Lage sehr treffend geschildert.

Für die Schweizer Bauwirtschaft ist neben den allgemeinen wirtschaftlichen Trends die Stagnation der Bevölkerung und die zunehmende Landverknappung zu erwähnen, was zu einem Rückgang des Neuwohnungsbaus führen wird. Dies wird für die neunziger Jahre einen Abbau der Arbeitsplätze in unseren Hauptbranchen bedeuten, der mehr oder weniger stark sein kann. Wir sind also richtig beraten, wenn wir in der GBH frühzeitig «Krisenszenarien» entwickeln und uns überlegen, wie wir einen Arbeitsplatzabbau verhindern und bei einem nächsten Einbruch rasch und effizient reagieren können.

2

Massive

Strukturveränderungen

im Bau:

Im Baugewerbe laufen zur Zeit massive Strukturveränderungen ab. Ein Rückgang

des Neuwohnungsbaus und des Strassenbaus steht einer starken Zunahme des Bereichs Umbau/Erneuerung gegenüber, und das Sanierungspotential im Wohnungsbau ist stark zunehmend. Als Gewerkschaft müssen wir uns darauf einstellen, dass es deshalb einen Trend vom Hauptsektor des Baugewerbes in Richtung Ausbaugewerbe und Spezialfirmen gibt. Entsprechend müssen sich die Rekrutierungsfelder unserer Gewerkschaft verändern und unsere internen Strukturen anpassen.

3

Umwelt- und

Landschaftsschutz

als Herausforderung:

Die sich mehrenden Umweltkatastrophen und die Landschaftszerstörung verlangen auch von uns ein Umdenken. Bereits vor Jahren hat die GBH ein Programm erarbeitet, das aufzeigt, dass die Sicherung der Arbeitsplätze im Bau- und Holzgewerbe mit einer umweltgerechten Entwicklung unserer Gesellschaft vereinbar ist. Dieses Jahr stehen das Bodenrecht und der Landschaftsschutz im Mittelpunkt der Diskussion, da im Dezember die Abstimmung über die Stadt-Land-Initiative stattfinden wird. Wir möchten die Gedanken unserer letzten Beschäftigungsstudie in den nächsten Monaten weiterentwickeln und in einem neuen Programm «Bauen 2000» noch dieses Jahr aufzeigen, wie eine «sanfte» Entwicklung unserer Bauwirtschaft aussehen könnte.

der Freizeit, das sind die Herausforderungen der achtziger Jahre, die ja nicht von selbst kommen, sondern vor allem auch auf eine ideologische Offensive des Bürgertums weltweit zurückzuführen sind.

Hierzu ein Zitat aus der «Arbeitgeber-Zeitung»:

«Die neue Entwicklung gibt uns die Chance, die alten Konflikte des letzten Jahrhunderts zu überwinden und anstelle dieses angeblich unüberwindbaren Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit eine neue, sozialpartnerschaftlich orientierte Gesellschaftsordnung zu setzen: Statt Klassenkampf Partnerschaft, statt Konfrontation Kooperation, statt Gleichschritt Vielfalt, statt schematischer Regeln individuelle Wahlmöglichkeiten. Durch die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung ist der Gegensatz von Kapital und Arbeit überwunden worden; genau so kann es uns auch gelingen, durch den Einsatz moderner Technologien den Ge-

gensatz von Ökologie und Ökonomie zu überwinden.» («Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung» 23, 9. Juni 1988)

Dieses Zitat zeigt deutlich auf, wie sich Arbeitgeberkreise und bürgerliche Politiker das neue, «post-industrielle» Wachstumsmodell des Kapitalismus vorstellen. Auf der Basis der Fiktion einer neuen, klassenlosen Gesellschaftsordnung soll der Konsens zur Durchsetzung des Wachstumsmodells gefunden werden. Die ökologische Frage wird in diesem Modell scheinbar genauso problemlos überwunden wie die soziale.

Für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung wird entscheidend sein, ob es uns gelingt, diesem Modell des neuen Ellenbogen-Kapitalismus überzeugend unsere Vorstellungen einer neuen Solidarität gegenüberzustellen und für dieses Gegenmodell auch wirklich eine Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land zu gewinnen. Wie könnte dies geschehen?

4

«Neue»

Arbeitnehmerschichten und Spaltung des Arbeitsmarktes:

Bereits arbeitet nur noch eine kleine Minderheit der Schweizer Arbeitnehmer in klassischen Arbeiterberufen der Industrie und des Gewerbes. Die technologische Entwicklung fördert den Trend zum Dienstleistungssektor und zu höher spezialisierten Berufen. Gleichzeitig gibt es eine zunehmende Zahl von Arbeitnehmern, die vom Rationalisierungsprozess aus ihren angestammten Berufen herauskatapultiert werden, umlernen müssen oder nur noch schlecht bezahlte Hilfsarbeiten verrichten können. Das Gesellschaftsmodell der «Neuen Solidarität» bedeutet, dass wir weiterhin die Schwächeren, die Verlierer dieses Prozesses unterstützen müssen, gleichzeitig aber auch den höher Qualifizierten, den Aufsteigern etwas bieten müssen, damit diese in der Gewerkschaft bleiben und uns helfen. Hier gibt es vielversprechende Ansätze. Ich denke bei den schlecht geschützten Arbeitsplätzen an die Erfolge der GBH bei der Organisierung der ausländischen Arbeitnehmer und insbesondere auch der besonders benachteiligten Saisonarbeiter. Aber auch an erste Erfolge in der Gebäudereinigungsbranche oder unsere Absicht, die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu organisieren. Bei den höher qualifizierten, technischen Berufen gibt es gewisse Anfangserfolge. Gegenwärtig sehen die Aussichten besser aus, dass die Gewerkschaften auch hier ihren Einfluss ausbauen könnten (GAV Maschinenindustrie, SJU-Vertrag, Angestellte im Baugewerbe).

5

Höhere Qualifikationen, neue Belastungen:

Auch in der Bauwirtschaft wird das Qualifikationsniveau steigen, und die Ansprüche, aber auch die Belastungen werden zunehmen. Unsere bisherigen gewerkschaftlichen Leistungen, wie Rechtsschutz und vertraglicher Schutz, bleiben zwar wichtig, reichen aber nicht aus, um die neuen, qualifizierteren Arbeitnehmer, die Kaderleute und Angestellten für die Gewerkschaft zu interessieren. Hier müssen wir unser Dienstleistungsangebot erweitern: Die Anforderungen der neuen Technik benötigen dauernde berufliche Weiterbildung, ein Gebiet, auf dem wir aktiver werden müssen. Neue Technologien, neue Baumaterialien bringen aber auch neue Belastungen und mehr Stress. Das Gebiet der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes wird noch wichtiger. Humanisierung der Arbeit auf Baustellen und in Betrieben erfordert unsere aktive Mitarbeit, die bis zu einer eigentlichen Betriebs- und Technologieberatung gehen sollte. Das geht nur mit aktiven Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Die Betriebsebene wird also wieder vermehrt im Mittelpunkt stehen. Wir müssen uns deshalb Gedanken machen, wie wir unsere Vertrauensleutestruktur wieder aktivieren können.

6

Neue Freizeitbedürfnisse:

Vermehrte Belastungen, Mobilität und Weiterbildungsanstrengungen erhöhen das Bedürfnis nach mehr freier Zeit. Hinzu kommt eine Veränderung der Einstel-

lung zur Arbeit und zur Arbeitsteilung in der Familie. Unsere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist daher richtig. Im Jahr 2000 wird die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt bei deutlich unter 40 Stunden liegen. Gleichzeitig werden flexiblere Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit noch verbreiteter sein. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass auch solche Arbeitsverhältnisse gewerkschaftlich geschützt werden können und in die GAVs integriert sind.

7

Internationalisierung der Wirtschaft:

Die Restrukturierung der europäischen Industrie ist in vollem Gange (Beispiel ABB). Die vollständige Liberalisierung des EG-Marktes ab 1992 wird einen neuen Schub von Fusionen und Rationalisierungen bringen. Die Schweiz wird sich diesem Prozess mit der Zeit nicht entziehen können. Gerade die gewerblich strukturierten Branchen und darunter vor allem die Bauwirtschaft werden von einer Annäherung an die EG hart getroffen werden. Hier müssen klare, gewerkschaftliche Forderungen gestellt werden, damit nicht nur die Exportindustrie, die Banken und Multis von einem Annäherungsprozess an die EG profitieren.

Aber auch die wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Dritten Welt werden noch ausgebaut und die gegenseitigen Abhängigkeiten zunehmen. Unser Modell der «Neuen Solidarität» muss deshalb auch die internationale Ebene mit einbeziehen und mit den Gewerkschaftsbewegungen Europas und der Dritten Welt zusammenspannen, um dem multinationalen Kapital wirksam entgegen zu können.

Effiziente Dienstleistungen und politischer Anspruch

Wenn ich von der Notwendigkeit neuer Dienstleistungen spreche, dann nicht, weil ich aus der GBH eine Art «Arbeitnehmerclub» ähnlich dem TCS für die Automobilisten machen möchte. Das Modell der «Neuen Solidarität» hat den hohen Anspruch, beides zu verbinden: Eine möglichst effiziente, attraktive Organisation zu sein, die mit gut qualifizierten und auf ihre Aufgabe vorbereiteten Funktionären die bisherigen, aber auch neue Dienstleistungen anbietet. Die gewerkschaftlichen Zielsetzungen dürfen dabei aber nicht untergehen. Das Ziel der «Neuen Solidarität» als politisches Gegenmodell zum «postindustriellen Kapitalismus» erfordert bewusste Funktionäre und Gewerkschaftsmitglieder, die fähig sind, auch politische Forderungen zu stellen, überzeugend zu vertreten und sie auch durchzusetzen.

Wenn wir unsere Vorstellungen zur GBH 2000 durchsetzen wollen, werden wir auf der Arbeitgeberseite auf Widerstand stossen. Die GBH hat mit der Bewegung im Baugewerbe im Jahr 1987 gezeigt, dass es möglich ist, unsere Mitglieder für gewerkschaftliche Forderungen zu mobilisieren. Im Frühling 1987 hatten 6000 Bauarbeiter in der Westschweiz für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gestreikt, und dies trotz Sanktionsdrohungen wegen der Verletzung der Friedenspflicht. Eine solche Mobilisierung ist nicht einfach, sondern erfordert viel Vorbereitung und Erfahrung. Aber im Konfliktfall nützt uns der beste Dienstleistungsapparat nur etwas, wenn auch die Basis unserer Gewerkschaft für Forderungen mobilisierbar und bereit ist, für diese Forderungen einzustehen.